Umsetzung - Masterplan Integration in Arbeit

Sprache

<p>Leitziel 2030</p> <p>Sprachkurse für <u>ALLE!</u> Unabhängig vom Status mit dem Ziel, die Sprachkompetenz alltags- und berufstauglich zu gestalten.</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p>
<p>Jahresziel 2019</p> <p>Es gibt ausreichend Deutschkurse für Menschen, die von bisherigen Angeboten ausgeschlossen sind.</p>	<p>Eine Bedarfsanalyse liegt nun vor (Anlage) aufgrund der Ergebnisse ist klar geworden, dass grundsätzlich jede Person formalen Zugang zu mindestens einer Kurs-Art hat. Offensichtlich liegt ein Informationsdefizit vor. Geflüchtete, Fachkräfte und Ehrenamtliche müssen Kenntnis über die vorhandenen Beratungsstellen haben, damit dort das Wissen abgefragt werden kann. Im Laufe des Integrationsprozesses ist es immer wieder notwendig, dass Beratung erneut stattfindet, da häufig Informationen erst zu einem späteren Zeitpunkt überhaupt wahrgenommen werden können. Beratungsstellen müssen die Bedarfe im Kontakt mit den Geflüchteten und denen sie betreuenden Personen an die Kursanbieter weitergeben, damit ggf. neue angepasste Kursformate entwickelt werden können.</p> <p>Verstetigung der Beratung und Netzwerkarbeit der Beratungsstellen sind notwendig.</p>
<p>Maßnahmen</p> <p>Bedarfsanalyse und Bestandsaufnahme</p> <p>✓</p>	

<p>Leitziel 2030</p> <p>Kinderbetreuung ist selbstverständlich.</p>	
<p>Jahresziel 2019</p> <p>In jeder Kommune gibt es einen Kurs mit Kinderbetreuung, wenn der Bedarf angezeigt ist.</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p> <p>Die Kommunale Bildungskordinatorin hat eine Analyse zu diesem Jahresziel erarbeitet, die nun vorliegt (Anlage). Aufgrund der komplexen Bedarfslage von Eltern (Sprachniveau, Alter der Kinder in unterschiedlichem Alter, Wohnort, Kinderbetreuungsangebote in den Städten und Gemeinden) müssen kontinuierlich Daten erhoben werden, damit eine bedarfsgerechte Planung erfolgen kann. Die Einrichtung einer Stelle zur Sprachberatung für Eltern mit Erziehungsaufgaben bei der Kreisagentur für Beschäftigung im Rahmen des Ausbildung- & Qualifizierungsbudgets des Landes Hessen soll hier Abhilfe schaffen. Die Arbeit wird evaluiert werden und die Ergebnisse werden vorgelegt werden. Wenn es gelingt mehr Kinder in eine Kindertageseinrichtung zu vermitteln, dann können die Eltern einen Sprachkurs besuchen und die Kinder erhalten eine professionelle Förderung in der Einrichtung, was deren Integration wiederum zugutekommt.</p>
<p>Maßnahmen</p> <p>Finanzierungsmöglichkeiten ausloten</p> <p style="text-align: right;">✓</p>	

<p>Leitziel 2030</p> <p>Alle 23 Kommunen betreiben sozialen Wohnungsbau</p>	
<p>Jahresziel 2019</p> <p>Überblick über verfügbare Grundstücke für sozialen Wohnungsbau</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p> <p>Am 11.09.2019 wird eine Veranstaltung in Kooperation zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zum Thema „Aktiv gegen Wohnungsnot: kommunale Handlungsmöglichkeiten“ durchgeführt. Dazu sind sowohl Städte und Gemeinden, Politik, Akteure am Wohnungsmarkt, aber auch interessierte Bürger und Bürgerinnen eingeladen. Damit soll über Möglichkeiten und Ansätze zur besseren Versorgung von Wohnraum informiert werden. Hier soll auch das Leerstandregister durch das Regionalmanagement vorgestellt werden.</p> <p>Über Fördermöglichkeiten werden die Kommunen über die Wohnbauförderung beim Fachbereich Soziales, Pflege und Senioren kontinuierlich informiert.</p>
<p>Maßnahmen</p> <p>Veranstaltungen für Bürger</p> <p style="text-align: right;">✓</p> <p>gesponserte Werbemaßnahmen für sozialen Wohnungsbau</p>	

<p>Leitziel 2030</p> <p>Jeder hat die Möglichkeit zum Schulabschluss und zur Ausbildung</p>	
<p>Jahresziel 2019</p> <p>Maßnahmen für Erwerb HS (für Erwachsene) stehen zur Verfügung für unterschiedliche Zielgruppen</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p> <p>Die bestehenden Angebote sind noch nicht ausreichend bekannt. Sprachberatung und Bildungsberatung sollten dringend verstetigt werden, um zu gewährleisten, dass Geflüchtete und Haupt- & Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit die notwendigen Informationen zu den vorhandenen Maßnahmen und Angeboten erhalten können. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund notwendig, dass einmalige Beratungen und Informationsgespräche nicht ausreichen, sondern vielmehr im Rahmen des Integrationsprozesses immer wieder erfolgen müssen.</p> <p>Nur wenn wir Personen langfristig Beratungen anbieten, kann gewährleistet werden, dass die vielfältigen Angebote wahrgenommen werden.</p>
<p>Maßnahmen</p> <p>Bedarfserhebung Konzepte werden erstellt</p> <p style="text-align: right;">✓</p>	

<p>Leitziel 2030</p> <p>Soziale Betreuung vor Ort findet für alle bedürftigen statt.</p>	
<p>Jahresziel 2019</p> <p>Soziale Betreuung läuft mindestens zwei Jahre nach Anerkennung weiter</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p> <p>Nicht notwendig, da Jahresziel nach Beschluss durch die Gremien erreicht wird.</p> <p>Beschluss des Kreistages, die notwendigen Mittel bereit zu stellen. Geflüchteten mit einem gesicherten Aufenthaltstitel sollen noch 2 Jahre nach Anerkennung eine Betreuung erhalten. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage wird durch den zuständigen Fachbereich vorbereitet und zur Beschlussfassung vorgelegt.</p>
<p>Maßnahmen</p> <p>Beschluss des Kreistages, die notwendigen Mittel bereit zu stellen</p> <p>✓</p>	

Frauen

<p>Leitziel 2030</p> <p>Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist selbstverständlich</p>	<p>Handlungsempfehlungen</p> <p>Obwohl es viele frauenspezifische Bildungs- & Beratungsangebote gibt, ist es bisher nicht gelungen diese bei den geflüchteten Frauen bekannt zu machen.</p> <p>Erste Priorität hat deshalb diese Informationslücke zu schließen. Dazu können die erarbeiteten Übersichten, die durch die Kommunale Bildungskordinatorin erstellt wurden auf die Homepage des Landkreises aber auch der Städte und Gemeinden gestellt werden. Zudem muss regelmäßig in Facharbeitskreisen und in Arbeitskreisen der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbetreuung über die bestehenden Angebote und darüber wo diese zu finden sind informiert werden.</p> <p>Wichtig ist es auch Multiplikatoren/innen (z. B. Aktive in Migrantenselbstorganisationen, Vereine, Frauenberatungsstellen in den Städten und Gemeinden u. a.) zu erreichen, damit diese über die Versorgungsstrukturen in Deutschland informieren können.</p>
<p>Jahresziel 2019</p> <p>Frauenspezifische Bildungsangebote sind niederschwellig vorhanden (und auch Beratungsangebote).</p>	
<p>Maßnahmen</p> <p>Bestandsaufnahme aller frauenspezifischen Bildungs- und Beratungsangebote ✓</p> <p>Befragung der potentiellen Nutzerinnen ✓</p> <p>Übernahme / Erstattung von Verhütungsmittelkosten ✓</p>	